

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 1/12

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim

Tel. 0208 - 3899810

Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Mülheim und drumherum: Zeit der Abgänge!?

Und tschüss, endlich!

Dezernentin Sander nicht wiedergewählt!

Die städtebauliche Katastrophe, die die „grüne“ Dezernentin nach 16 Jahren hinterläßt, hätte eine grundlegende Neuorientierung des Riesen-Dezernats erfordert. Per Tischvorlage verhinderten SPD und CDU dies im Pöstchengeschacher, was die abgewirtschaftete Stadt kaum weiterbringt. Chance vertan, auch wenn Frau Sander viel zu spät endlich ausgedient hat.



Und tschüss? Oder immer noch nicht?

'Neuanfang für Duisburg'??

Bürgerentscheid am 12. Februar zur Abwahl von OB Sauerland nach vielen Skandalen und dessen blamablen Umgang mit der loveparade

Tschüss oder doch kein tschüss?

Bürgerbegehren zum Erhalt der Hauptschule Bruchstr. zulässig

und die Mölmsche Politik blamiert! MBI: Ohne wenn und aber:

Lasst das die Mülheimer Bürger/innen entscheiden!



Und hoffentlich bald Tschüss u.a. auch für

- ◆ das "Perspektivkonzept Fußball", vor allem den Verkauf des Sportplatzes von-der-Tannstr. in Styrum dafür!
- ◆ den Standort Weseler Str. des Fallwerks Jost am Rande der Wohngebiete Hofackerstraße
- ◆ die stark belastigenden Umweltschweineereien der Firma Metallurgica in Heißen
- ◆ die Pläne zur Massenschweinemast an der Mendener Straße
- ◆ notwendige Enteignungen zur Umsetzung des vom OVG für unwirksam geurteilten Bebauungsplan U 17 "Honigsberger Str./Fünterweg"
- ◆ die Luxenburger Pleite-Gesellschaft, die das Speldorfer Depot lieber verrotten läßt, als Lösungen zu suchen
- ◆ den Wildwuchs an Trödelmärkten und Waren dort auf Mülheimer Stadtgebiet
- ◆ z.T. schwachsinnige Ampelschaltungen in der Innenstadt und an Europas größter neuen Doppelampelkreuzung
- ◆ Knöllchenschreiber auf dem Stadthallenparkplatz
- ◆ und überhaupt und vieles mehr oder weniger

Auf den folgenden Seiten:

- Rückblick auf 2011: Ist Mülheim alias „Schlimm-City“ noch zu retten? S. 2
 - Ausgesuchte Schlaglichter aus 2011 in der geschundenen Stadt Mülheim S. 3
 - MBI-Wünsche für 2012: Wiederbelebung von Demokratie und Stadtplanung!! S. 4
- Einlegeblatt: Bürgerentscheid zur Hauptschule Bruchstr. und "Gebührenabzocke wirklich rechtens?"

Rückblick auf das Mölmsche Chaosjahr 2011: "Abbruch West" oder: Ist Mülheim alias "Schlimm-City" noch zu retten ?

Auch in 2011 übertrafen die Duisburger Skandale alles andere im Revier bei weitem, selbst das Dortmunder U-Finanzdebakel! Allen voran die peinliche Dauervorstellung von OB Sauerland, dazu die Riesenskandale mit Landesarchiv, Eurogate und Küppersmühle und die dubiosen Spenden an Sauerland, Jäger & Co. Und fast immer mittendrin die Mülheimer Kölbl-Kruse (auch Ruhrbanium-Luftschlossplaner) und die in Mülheim bestens bekannte RAin Frau Jasper, Geliebte von ex-OB Baganz und gleichzeitig hochbezahlte Dauerberaterin beim Ausverkauf der Stadt.

Doch auch in Mülheim gab es Hiobsbotschaften in Serie, insbesondere für Ruhrbania, Innenstadt und Speldorf, am krassesten zum Haushalt. Konsequenzen Fehlanzeige und eine Demokratiekrise folgte unaufhaltsam! Die BI "Neuanfang für Duisburg" sammelte mehr als genug Unterschriften zur Abwahl von Sauerland, der Bürgerentscheid am 12. Feb. könnte eine Wende sein. In Mülheim wurden dagegen Unterschriften zum Erhalt einer Hauptschule(!) gesammelt und das auch noch federführend von der SPD. Keine Wende in Sicht!

In Dortmund wird bald auch der gesamte Rat wegen des "Wahlbetrugs" mit den verschwiegenen Haushaltslöchern neu gewählt, in Mülheim sanken angeblich im Gegensatz zu allen anderen Städten die Gewerbesteuern, auch weil diese 2009 und 2010 zur Haushaltsschönung utopisch hoch angesetzt waren. Nur hier ist das alles kein "Wahlbetrug" und kein RP beschwert sich!

In Essen hat ein Viererbündnis gegen SPD und Linke einen Sparhaushalt hinbekommen, der sogar genehmigungsfähig war, in Mülheim verdoppelte sich mit Haushaltssicherungsmaßnahmen das Defizit sogar und das im Jahr 2011 mit Wirtschaftsaufschwung und historisch niedrigen Zinsen.

Auch Gelsenkirchen, Bottrop, Herne, Hattingen & Co stehen nach 2011 irgendwie anders da als die angeblich so reiche Stadt Mülheim, wo es 2011 richtig abwärts ging!

In Mülheim gehen die Uhren anscheinend anders als im Rest der Republik und auch des Ruhrgebiets, wohl nicht zufällig stand sogar die Rathausuhr über 2 Jahre lang nur auf halb elf!



Helge Schneider brachte es auf den Punkt. Er sagte zu seiner Heimatstadt Mülheim: Überschrift „Die sind bekloppt“ und „Sein Befund über die Innenstadt: Die ist tot“ (WAZ+NRZ Ende Juli)

Es fällt schwer, sich an alle Aufreger, an die vielen Peinlichkeiten oder jedes Drunter&Drüber des Jahres 2011 in der Ruhrbaniastadt auch nur zu erinnern. Die Heimatstadt der NRW-Ministerpräsidentin und möglichen



Kanzlerkandidatin H. Kraft versank zusehends in einem riesigen Durcheinander, sichtbar und leidvoll erfahrbar für jede/n, der in Mülheim immer noch in die Innenstadt fuhr oder ging. Unkoordiniertes Baustellenchaos, eine hundsmiserable "neue" Verkehrsführung, eine Trümmerlandschaft in Ruhrbania wie

nach einem Krieg, dafür Europas größte Doppellampelkreuzung Aktienstr./Nordbrücke uswusf.....

Symptomatisch ist auch die neue zentrale ÖPNV-Haltestelle, gefördert durch Mio. Landesgelder als "Beschleunigung der Linie 110", auf der einen Seite die Kaufhofruine, auf der anderen das ex-Woolworth und dahinter das Restrathaus, für schlappe 45 Mio. zur besseren Ruhrbania-Vermarktung aufgehübscht. Eine Haltestelle zwischen Leerständen ist bereits schlimm, doch dann die Linie 110 stilllegen zu wollen, ist ein starkes Stück aus dem Tollhaus!



Dazu ein Haushalt vollends aus den Fugen, seit der Kämmerer zugeben musste, dass 2011 die Gesamteinnahmen auf nur 441 Mio. sanken, während das reale Etatloch auf 132 Mio. hochgeschnellte und die kurzfristigen Kassenkredite auf den Allzeitrekord von 618 Mio. explodierten! Prognose 2015: 855 Mio., aber "nur" bei weiter niedrigen Zinsen und Wirtschaftsaufschwung!

Die schöne und reiche Stadt Mülheim ist finanziell an die Wand gefahren und städtebaulich vermurkst! Hätte man nur früher auf die MBI gehört

Ausgesuchte Schlaglichter 2011 aus der geschundenen Stadt Mülheim

Januar: Bevor die "**ÖPNV-Liniennetzoptimierung**" im Mobilitätsausschuss behandelt werden kann, sind weite Teile vom Tisch (Kappen der Linie 102 an der Holzstraße, Vorverlegung Nachtnetz usw.). 9 Monate Geheimniskrämerei mit Gutachten für 230.000 • und dem miserablen Ergebnis "Bus statt Bahn" folgen.

Februar: 8 Monate intensiver Planung und die **Interims-Fachhochschule** kommt doch nicht in den leeren Kaufhof, da viel zu teuer. Welch Überraschung, Welch Zeit- und Geldverlust, nur um Hoffmeister zu helfen! Das unwürdige Theater um den FH-Standort hatte bewirkt, dass die FH am nur suboptimalen Standort auch zum Doppeljahrgang 2013 nicht fertig werden kann. Haus&Grund reicht ebenfalls **Klage gegen die Abwassergebühren ein** wg. Erhöhung bei gleichzeitiger illegaler Überführung von 5,4 Mio. • in die Stadtkasse. MBI-Strafanzeige dazu bleibt im gesamten 2011 unbearbeitet, eine traurige Posse!

März: Der Antrag zum Ende des **Bebauungsplans Mendener/Bergerstr.** wird erneut wegen "Beratungsbedarfs" vertagt, was bis Juli andauert. Der MBI-Antrag für ein **Moratorium zu Ruhrbania** wird von SPD, CDU, FDP und z.T. Grünen erneut abgelehnt. Damit werden alle Rampen zur Nordbrücke abgerissen, Welch kontraproduktive Geldverschwendung! **Ruhrbania-Baufeld 2** (ex-Bücherei) geht an MWB+Hoffmeister.

April: Mio.-Verluste durch **swaps werden Dauerthema**, nachdem der BGH Banken zu Schadensersatz zwang. Bis heute kaum Klärung der Mülheimer Hintergründe (WAZ-Klage auf Akteneinsicht noch anhängig!) Die MBI-Anträge auf Schadensersatzklage und generelles Spekulationsverbot wurden abgebügelt. Die von MWB+Hoffmeister+Sparkasse verkaufte **Feuerwehr ist nun ein Finanzprodukt** der Hannover-Leasing!

Mai: "Bürgerverein beklagt **Trostlosigkeit im Zentrum von Speldorf**" (WAZ), doch Schweigen, als im Okt. der DM-Markt neben Aldi in der ehemaligen Gärtnerei eröffnete, ein weiterer Sargnagel für Speldorf. Die Thyssen-Stiftung will das **Denkmal "Troostsche Weberei"** im Luisental abreißen und prozessiert gegen die verweigerte Abbruchgenehmigung. MBI-Antrag führt zu einer Ratsresolution und Lösungssuche.

Juni: MWB-Hoffmeister-Sparkasse kaufen das **Lindgens-Gelände**. Damit gehört auch diese spannendste Fläche für Stadtentwicklung ihnen, wie so viele andere Grundstücke auch. Das **Lindgens-Areal wäre der optimale FH-Standort gewesen**, doch wurde es auf unsägliche Art und Weise ausgebootet.

Juli: Der Rat beschließt gegen SPD+Linke den **Schulentwicklungsplan mit Schließung der Hauptschule Bruchstraße**. Dagegen werden über 10.000 Unterschriften für ein **Bürgerbegehren** gesammelt. Das "**Perspektivkonzept Fußball**" wird beschlossen, um für 13 Mio. • in Heißen einen Luxus-Sportplatz zu bauen, finanziert über Verkauf von 4 Plätzen in Heißen, Heimerde und Styrum, was im Nothaushalt unzulässig ist. Wie bereits in Speldorf für den VfB sollen Schulkinder und kleinere Vereine bluten. Großer Protest!

August: Innenminister erklärt sich zur **MBI-Beschwerde wg. illegaler Finanzierung** des o.g. Sportplatzes für unzuständig, der RP teilt im Nov. mit, er prüfe noch, doch die Stadt kaufte für 3,4 Mio. das Grundstück trotz Nothaushalt! MBI-Veranstaltung "**Bus statt Bahn-Kürzen ohne Plan!**" mit Prof. Monheim

September: 100.000 • öffentl. Zuschüsse für "**Schlimm-City**" mit Zentrale im leeren Kaufhof, doch die Realität hat die Satire längst überholt, die **Innenstadt am Boden**, Rang 160 von 160 beim Städtevergleich.

Oktober: Endlich! **Frau Sander nicht wiedergewählt**, doch verknüpfen SPD+CDU dies per Tischvorlage mit Pöstchengeschacher. Das RWE erhält vorzeitig die **Verlängerung der Stromkonzession**, nachdem die medl ausgestiegen wurde. MBI-Antrag gegen neuen **RWW-Wassertarif** mit 50% Grundgebühr abgelehnt!

November: RP kneift zum **skandalösen Fallwerk Jost**. Sein Vertrag mit Jost hat die hoffnungsvollen Verhandlungen zum Geländetausch mit Harbecke erschwert! Stadt MH ganz außen vor. Ein Riesenskandal!.

Dezember: Das **Bürgerbegehren** zur HS Bruchstr. wird im Rat von CDU+FDP bei SPD-Enthaltung für unzulässig gestimmt. **Erhöhungsorgien bei Gebühren**, (Abwasser 18,3%!) werden beschlossen, ein **hoffnungsloser Haushalt** von CDU mit SPD verabschiedet und der Rückumzug in das für 45 Mio. luxussanierte Restrathaus beginnt, eine **gigantische Geldverschwendung als eine Art "Reise nach Jerusalem"**!

Mülheimer
Bürger-
Initiativen

Mülheims
bessere
Ideen

MBI

**Für die
Wiederbelebung von
Demokratie und
Stadtplanung!**



Die MBI wünschen sich und den Mülheimer/innen für 2012,

- endlich ein richtiges Moratorium zu Ruhrbania, damit AOK, Gesundheitshaus, ex-Arbeitsamt und Hochstraße Tourainer Ring bleiben! Und dringend die Gesamtüberplanung inkl. Kaufhof!
- dass Zinswetten jeglicher Art und PPP-Verträge incl. "Forfaitierung mit Einredeverzicht" ab nun endlich tabu sind, nach dem Irrweg PPP-Paket für 3-4 Schulen und dem Fiasko mit der Feuerwache als Finanzprodukt,
- dass der Sportplatz van der Tann-Str. in Styrum den Schülern und Vereinen erhalten bleibt und nicht zu unerlaubten Finanzierung des geplanten Heißener Sportplatzes missbraucht wird,
- dass das Freibad Styrum selbst als Naturbad weiter geöffnet bleibt,
- dass das Fallwerk Jost verlagert und die vielen Speldorfer Defizite endlich angegangen werden,
- dass der traurige Weihnachtsmarkt auf der Schlossstr. nicht mehr den Wochenmarkt verdrängt und dafür ein richtiger Weihnachtsmarkt nur in der Altstadt inkl. Bachstr. stattfindet,
- dass alle Straßenbahnlinien bleiben und das ÖPNV-Angebot verbessert und zuverlässiger wird,
- dass kontraproduktive Beschlüsse wie die 75%ige Verteuerung der Urngemeinschaftsgräber und die neuen Parkgebühren in Innenstadt und an der Stadthalle zumindest rückgängig gemacht werden,
- dass auch in Mülheim endlich Geschäftsführergehälter und Boni offengelegt werden,
- dass attraktive Wohnungen auf den Geländen von ex-Lindgens, Rauen, Ibing entstehen können, dafür die Bebauung der Äcker Tilsiter Str./Oppspring, der Schwesterngärten Kuhlendahl usw. verboten und die B-Pläne C20 (Mariannenweg), U17(Fünterweg) und O34 (Fängerweg) eingestampft werden. Dafür endlich ein Begrünungsprogramm für die Innenstadt zur Verbesserung des Mikroklimas!!
- dass auf der Ruhrtalbrücke in Mintard zumindest eine Geschwindigkeitsbeschränkung bald kommt,
- dass die Rekommunalisierung von medl, RWW, Müllabfuhr, Straßenreinigung und Abwasser anders als beim Stromnetz demnächst in Angriff genommen wird, auch über Verkauf von RWE-Aktien,
- dass die inflationäre Vermehrung städtischer Pöstchen aufhört, Frau Sander`s Dezernat doch noch aufgeteilt wird und städtische GmbHs wie MST usw. sukzessive aufgelöst werden,
- dass Yassine, Mühlenbeck, Bremekamp endlich auspacken und dass alle, auch Bultmann, belangt werden,
- dass die Jugendstilhalle "Alte Dreherei" lebendiges Zentrum wird,
- dass der nächste Etat transparenter sowie frei von "heiligen Kühen" ist und Sparen kein Fremdwort bleibt,
- dass Hoffmeister den Kaufhof belebt, statt mit MWB stets neue Grundstücke zu kaufen,
- und dass die "Trümmer" frauen rechts in Kürze alle auf Rente sind!

und über Mülheim hinaus,

- dass OB Sauerland abdankt und Frau Jasper keine Politiker mehr "berät"
- dass Bayer seine Giftgas-Pipeline ganz ad acta legt, fracking weltweit grundsätzlich untersagt wird, keine Nahrungsmittel mehr als Biosprit versilbert werden und E 10 für immer verschwindet,
- dass das Widerspruchsrecht für NRW-Bürger schnell wieder eingeführt und der RPD`dorf abgeschafft wird und dass MBI-Briefe an Frau Kraft, die Staatsanwaltschaft Duisburg usw. auch beantwortet werden,
- dass, dass + dass eine Borussia Meister wird und Gesundheit sowie gutes Wetter für alle!



**Bürgerbegehren zum Erhalt der Hauptschule Bruchstraße
ist zulässig und die Mölmsche Politik blamiert!
Ohne Wenn und aber: Lasst die Bürger entscheiden!**



Im Juli 2011 beschloss die Mülheimer Ratsmehrheit von CDU, MBI, FDP und Grünen das Aus für die Hauptschule Bruchstr. im Rahmen des Schulentwicklungsplans. Dagegen formierte sich ein „Bündnis für Bildung“, das Unterschriften für ein Bürgerbegehren (BB) zum Erhalt der Schule sammelte. Mehr Bürger als notwendig unterschrieben, doch das Rechtsamt erklärte die (nur 6 Tage nach der Ratsentscheidung am 15.12. nicht mehr erforderliche!) Gegenfinanzierung für unzulässig. Die MBI stimmten unabhängig von ihrer Haltung zur Zukunft dieser Hauptschule für die Zulässigkeit des BB, doch die SPD enthielt sich der Stimme, so dass eine Ratsmehrheit für Unzulässigkeit stimmte. Auf gemeinsamen Antrag von SPD und MBI hin sollte der Rat deshalb in einer Sondersitzung am 16. Jan. einen Ratsbürgerentscheid beschließen, doch mit 19:31 konnte ein Minderheit aus CDU und FDP die notwendige Zweidrittelmehrheit verhindern. Und die Grünen verweigerten sich sogar der Abstimmung und stimmten aus angeblichem Protest gegen das Verfahren, in Wirklichkeit Rat- und Kopflosigkeit, nicht mit ab!

Alles ziemlich peinlich, denn nun musste das Gericht in einem Eilverfahren entscheiden, ob die Bürger entscheiden können. Und das erklärte am 20. Jan. das BB für zulässig und forderte die Stadt auf, unverzüglich die Zulässigkeit des BB auch formal festzustellen. Daraufhin schickten die MBI folgenden Verfahrensvorschlag an Verwaltung und Politik der Stadt Mülheim, um die Serie der Peinlichkeiten möglichst zu verkürzen.

Mülheim, den 20. Januar 2012

**Sehr geehrte Frau Mühlenfeld, sehr geehrter Herr Dr. Steinfort,
sehr geehrte Kolleg/innen aus dem Rat,
die MBI schlagen folgende Vorgehensweise vor:**

Frau Mühlenfeld unterschreibt zusammen mit Vertreter/innen aller Fraktionen einen Dringlichkeitsbeschluss, mit dem das Bürgerbegehren für zulässig erklärt wird und der Termin für den Bürgerentscheid an der Urne auf den 25. März gelegt wird.

Ferner sollte in dem Beschluss stehen: Bis zum Abschluss des Bürgerentscheides werden die aus dem Bildungsentwicklungsplan resultierenden Maßnahmen bezüglich der GHS Bruchstraße ausgesetzt. Insbesondere ist zunächst unter dem Vorbehalt des Ausgangs des Bürgerentscheides das Anmeldeverfahren für die GHS Bruchstraße im Rahmen der Anmeldungen für die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2012/13 durchzuführen.

Begründung

Um uns als Rat der Stadt nicht endgültig zu blamieren, sollten wir möglichst unisono als erstes erklären, dass wir alle auf Beschwerde beim OVG verzichten. Um die vom Gericht geforderte Unverzüglichkeit zu gewährleisten, ist u.E. ein Dringlichkeitsbeschluss angesagt, den möglichst zumindest alle Fraktionsvorsitzenden mit unterschreiben sollten.

Wegen der Osterferien bietet sich der letzte Sonntag im März für den Urnengang an, welcher möglichst nicht auch noch weiter zeitlich verschoben werden sollte, um die gesamte Schulentwicklungsplanung nicht noch mehr zu blockieren.

Lassen wir doch die Mülheimer Bürger/innen diesen umstrittenen Punkt entscheiden!

Gebührenabzocke: Ein fauliges „Weihnachtsgeschenk“ des Verwaltungsgerichts für überschuldete Städte?!

Relativ spät kam der Verhandlungstermin des erfahrungsgemäß recht verwaltungsfreundlichen Verwaltungsgerichts (VG) Düsseldorf zu den Musterklagen gegen die überhöhten Abwassergebühren der Stadt Mülheim 2011. Kernpunkt war die Frage, ob die Stadt 5,4 Mio. • Überschüsse des Abwasserbetriebes in die Stadtkasse überweisen durfte, während



gleichzeitig die Gebührenerhöhung 2011 von 4,8% mit Unterdeckung in Millionenhöhe begründet wurde.

Wie befürchtet, endete es beim VG in einer ziemlichen Katastrophe für Solidarsysteme und Bürgerrechte. Wie vom Düsseldorfer VG leider gewohnt, war bereits mit der Terminierung fast alles klar. Der Gerichtstermin fand kurz vor Weihnachten und rein „zufällig“ kurz nach der Ratssitzung statt, auf der die nächsten Erhöhungsgorgien der Abwassergebühren mit sage und schreibe 18,3% beschlossen wurden mit noch haarsträubenderer Begründung als für 2011 und völlig unseriöser Kalkulation.

Solch „zufällige“ Terminierung hilft einzig den Verwaltungsbehörden. Auch haben SPD und CDU in Mülheim gänzlich unbeirrt die Riesenempörung über die erneute drastische Abzocke vollständig ignoriert und auch in der Ratssitzung den MBI-Antrag auf Verschiebung der Entscheidung auf nach dem Gerichtstermin wortlos abgebügelt. Wer glaubt schon, dass sie das taten, ohne sicher bereits zu wissen, was das VG macht! Hätte das VG auch nur in Teilen gegen die Stadt geurteilt, wäre nämlich ausnahmslos alles für 2011 und 2012 neu zu berechnen gewesen. Doch das interessierte nicht die Bohne. Warum wohl nicht? Doch egal:

Am Mittwoch vor Weihnachten gelang dem VG sogar sein allerbestes „Schachzug“ zugunsten der Bürokratien gegen Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit. Das VG setzte Kläger bzw. den Anwalt von Haus&Grund derart unter Druck, dass sie einem „Vergleich“ zustimmten, der überhaupt keiner ist.

Die Kläger zogen alles zurück und die Stadt trägt die Prozessgebühren, weil alle Bescheide mit dem Briefkopf der privatisierten Abwasserfirma medl/SEM ohnehin alle ungültig waren.

Im „Gegenzug“ machte das VG klar, dass die Klage selbst aussichtslos sei, weil zum einen Landesgesetz die Entnahme von Geldern aus dem Kanalbetrieb zuließen und zum zweiten das OVG dies bereits am Fall irgendeines Nests im Sauerland ausgeurteilt hätte. So braucht nun das VG kein Urteil und vor allem keine Urteilsbegründung zu verfassen. Damit ist auch nirgends der Nebensatz des Richters zu lesen, dass „natürlich“ die Stadt die entnommenen Gelder irgendwann dem Gebührenhaushalt zurückgeben müsste. Das entlarvt nämlich alles!

Mit dem „Vergleich“ ist so nichts mehr änderbar. Die Stadt hat also laut VG einen **Freibrief, sich aus den Gebühren zu bedienen. Unfassbar.** Die Zwangsgebühren für Abwasserbeseitigung werden also raketenartig weiter steigen und insbesondere dem Mittelstand, den Einzelverdienern des Niedriglohnsektors mit 2 oder 3 Jobs sowie den Doppelverdienern kleiner Einkommen, aber auch kleineren sowie mittleren Firmen die Gurgel zusehends weiter zudrücken. Bei den untersten ca. 10% und mit der heraufziehenden Krise sicher noch viele, viele mehr, wird die Stadt ihre halsabschneiderische Gebührenabzocke brav selbst bezahlen müssen.

Dabei ist die gesamte Angelegenheit bei weitem nicht so einfach, wie das VG und womöglich auch das OVG es anscheinend beurteilen wollen oder sollen. Es geht auch um grundsätzliches Staatsverständnis und dabei will unser Grundgesetz etwas anderes als diese NRW-Verwaltungsgerichte.

Die Stadt Mülheim darf sich laut VG Überschüsse einheimsen, die aus den fiktiven kalkulatorischen Kosten entstehen, aus Abschreibungen und zum größeren Teil aus kalkulatorischen Zinsen. Diese Überschüsse entstehen zum größten Teil durch die mit 6% viel zu hoch angesetzten kalkulatorischen Zinsen, die bei einem Wert des Kanalnetzes von etlichen hunderten Mio. • in einer kleinen Großstadt wie Mülheim im Vergleich zu den real bezahlten Zinsen mit mind. 3, 4 oder 5 Mio. Differenz p.a. zu Buche schlagen. Weil die kalk. Zinsen aber den allergrößten Betrag des Gebührenbedarfs als Grundlage der berechneten Gebühren ausmachen, ergibt sich folgender eklatante Widerspruch:

Wenn der künstlich über fiktive kalk. Zinsen entstandene Mehrbedarf als Gebühren auch real kassiert wird, kann die Stadt als treuhänderisch agierender Verwalter sich diese Gelder nicht einstreichen, ohne das Kostendeckungsprinzip fundamental zu verletzen. Entweder der Gesetzgeber streicht die Pflicht des jährlichen Kostendeckungsprinzips oder bei der Berechnung des Gebührenbedarfs dürfen keine kalk. Zinsen mehr angesetzt werden, sondern die real gezahlten des Vorjahres und real zu zahlenden im Folgejahr.

Auch bei der Frage der Abschreibungen ist entscheidend, wer Eigentümer des Kanalnetzes ist und wer bei Sanierung oder Erneuerung der Kanäle zahlt und das sind eindeutig nur die Gebührenzahler, entweder als Anlieger oder als Solidargemeinschaft. Da Mülheim wie so oft Vorreiterstadt ist, wäre es sicher **auch im Sinne vieler NRW-Bürger, das Verfassungsgericht anzurufen.** Ob das in NRW, das in Riesenschritten in eine Bananenrepublik hineintaumelt, noch lohnt, müsste geprüft werden, insbesondere angesichts einer aufziehenden sehr ernststen Wirtschaftskrise.